

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktion DIE LINKE

Vorlagen Nr.:

A/4/0138

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	18.05.2026

Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: „Abgleich des Wählerverzeichnisses zur Landtagswahl 2026 mit den Zensuszahlen im Landkreis Vorpommern-Rügen“

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert den Kreiswahlleiter auf, gegenüber den kreisangehörigen Städte und Gemeinden darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Erstellung der Wählerverzeichnisse zur Landtagswahl Mecklenburg - Vorpommern die Datenbasis der Einwohnermelderegister mit den aktuellen amtlichen Zensuszahlen abgeglichen und bestehende erhebliche Abweichungen dokumentiert werden.

Begründung:

In zahlreichen Kommunen bestehen erhebliche Zweifel an der Genauigkeit der aktuellen Zensuszahlen, da diese unmittelbaren Auswirkungen auf Finanzzuweisungen, Planungsgrundlagen und kommunale Entwicklungsmöglichkeiten haben.

Bei gravierend abweichenden Zensuszahlen gegenüber den Zahlen der Listen der Wahlberechtigten ohne nachvollziehbaren Abgleich kann es erhebliche Zweifel an den demokratischen Grundlagen der Wahl geben. Damit sind Wahlanfechtungen vorprogrammiert.

Der strukturierte Abgleich zwischen den kommunalen Melderegisterdaten und den amtlichen Zensuswerten soll dazu beitragen:

- die aus den Kommunen gemeldeten Wahlergebnisse der Landtagswahlen rechtlich abzusichern
- Datengrundlagen der amtlichen Einwohnerzahlen transparent zu machen - kommunale Kritik am Zensus sachlich zu untermauern
- mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig sichtbar zu machen - rechtliche oder politische Handlungsmöglichkeiten gegen das Zensusergebnis fundierter zu prüfen
- mögliche strukturelle Unterschiede der Ermittlung zugrunde gelegten Bevölkerungsdaten sachlich und belastbar zu bewerten

Der Antrag dient also ausdrücklich der rechtlichen Sicherstellung der kommenden demokratischen Wahlen, sowie der sachlichen Überprüfung amtlicher Datengrundlagen, die erhebliche kommunalpolitische Folgen haben.

gez. Kerstin Kassner
Fraktionsvorsitzende
Fraktion DIE LINKE